

**Jahreswirtschaftsbericht Thailand 2006 /
aktuelle Wirtschaftsentwicklung 2007
(Stand: 05.07.2007)**

Teil I: Wirtschaftsstruktur und –lage

1. Kurzcharakterisierung der Wirtschaft des Gastlandes

Mit einem BIP von 2805 USD pro Kopf weist Thailand die Merkmale eines Schwellenlandes auf. Einem prosperierenden Bangkok und entwickelten Sonderwirtschaftszonen stehen arme Agrarregionen gegenüber. Der Anteil der Armen (unter 1 USD /Tag) ist dank gesteigener Agrareinkommen und armutsmindernder Politikmaßnahmen von 15,6 % (2002) auf 11,3 % (2005) gesunken. Die Regierung strebt in ihrem zehnten „National Economic and Social Development Plan (2007-2011)“ eine weitere Armutsreduzierung auf 4% bis 2011 an.

Thailand hat, abgesehen vom Bereich der beruflichen Bildung, die UN-Millennium Entwicklungsziele bereits erreicht und sich ehrgeizige Ziele bis 2015 vorgenommen. Im Bereich der entwicklungspolitischen Zusammenarbeit strebt Thailand an, sich vom Empfänger- in ein Geberland zu wandeln. Im „Human Development Index (HDI)“ der Vereinten Nationen belegt Thailand 2006 Rang 74 von 175 Ländern und gehört damit in Südostasien zur Spitzengruppe.

Die Wirtschaft des Landes ist nach marktwirtschaftlichen Prinzipien organisiert, die Intervention des Staates bleibt jedoch in einigen Bereichen spürbar. In der von der „Heritage-Foundation“ regelmäßig durchgeführten Studie zur wirtschaftlichen Freiheit (Index of Economic Freedom) erreicht Thailand 2006 von 157 Ländern Platz 50 und ist damit gut positioniert.

2. Struktur der Wirtschaft

Das Sozialprodukt entstand 2006 zu 53% im kontinuierlich stärker werdenden Dienstleistungsbereich, 37% in der Industrie und zu 10% in der Landwirtschaft. Der Agrarsektor ist jedoch - besonders unter sozial- und arbeitsmarktpolitischen Gesichtspunkten - bedeutender als es der BIP-Anteil vermuten lässt, denn etwa 42% der Bevölkerung sind in der Landwirtschaft tätig.

Die thailändische Wirtschaft ist exportorientiert. Innerhalb der letzten 10 Jahre ist der Beitrag des Exports zum GDP von 47% auf 67% gestiegen. Das wirtschaftliche Geschehen wird von einem sich dynamisch entwickelnden Privatsektor geprägt, lediglich in den Bereichen Energie, Telekommunikation, Wasserwirtschaft und Verkehrswesen spielen staatliche Unternehmen weiterhin eine wichtige Rolle. Privatisierungsvorhaben, wie die geplante Umstrukturierung des Netzanbieters „Electricity Generating Authority of Thailand- EGAT“, haben sich bereits in der Vergangenheit als schwierig und langwierig erwiesen. Durch die vom Kabinett im Juni 2007 gebilligte Novellierung des „Corporatisation Act“ soll eine Privatisierung staatlicher Versorgungsunternehmen (Strom, Wasser, Telekommunikation) künftig nicht mehr möglich sein.

3. Wirtschaftsklima, konjunkturelle Lage

Thailand hat den vom IWF ermittelten langfristigen Wachstumswert von 5% pro Jahr nach der Finanzkrise 1997 (mit Ausnahme des durch externe Faktoren bedingten Einbruchs 2005 auf 4,5%) im wesentlichen eingehalten. 2006 lag das Wirtschaftswachstum bei robusten 5,1 %, obwohl sich die Rahmenbedingungen infolge der innenpolitischen Krise (Absetzung der Regierung Thaksin durch Militärputsch im September 2006) verschlechtert hatten und die Binnennachfrage und die Investitionstätigkeit gesunken waren.

Für 2007 erwartet Thailand ein geringeres Wachstum als im Vorjahr. Nach einer aktuellen Umfrage der „University of the Thai Chamber of Commerce (UTCC)“ unter 800 Teilnehmern verschiedener Industriezweige gehen über die Hälfte der befragten Unternehmen von einem Wirtschaftswachstum für 2007 unter 4%, 36% der Teilnehmer sogar unter 3,5% aus. Ursache dafür ist die weiter unklare politische Lage, die sich negativ auf privaten Konsum und private Investitionen auswirkt. Ausländische Investoren werden zudem durch den Wirtschaftskurs der thailändischen Übergangsregierung verunsichert. Besonders die protektionistischen, auf stärkere staatliche Kontrolle zielenden Reformvorhaben zum „Foreign Business Act (FBA)“ und „Retail and Wholesale Business Act“ sowie die Einführung von Kapitaltransferkontrollen und Zwangslizenzen für Pharmaprodukte (siehe im einzelnen unter II. 4.) lassen das Investorenvertrauen zunehmend schwinden.

Hoffnungsträger ist 2007 der Export, der sich bereits 2006 zum Wachstumsmotor entwickelt hatte. Inwieweit die Maßnahmen von Regierung und Zentralbank zur Ankurbelung der Binnennachfrage (Zinssenkung; öffentliche Investitionen u.a. in Verkehrsinfrastrukturprojekte, Kraftwerke) das Wirtschaftsklima aufhellen können, bleibt abzuwarten.

4. Offenheit ggü. der Weltwirtschaft/Außenwirtschaftspolitik und regionale Einbindung

Thailand ist als exportabhängige Nation auf offene Märkte angewiesen und betreibt eine aktive Freihandelspolitik. Unter der Regierung Thaksin wurden u.a. „Early Harvest“-Abkommen mit China, Indien, Bahrein und Peru abgeschlossen sowie ein vollständiges Freihandelsabkommen mit Australien, das als „Comprehensive Trade Agreement“ Anfang 2005 in Kraft getreten ist. Thailand ist ferner über seine ASEAN-Mitgliedschaft bereits seit 1992 in die AFTA (Asean Free Trade Area) eingebunden. Die thailändische Übergangsregierung setzt diese Politik fort. So wurde das thailändisch-japanische Freihandelsabkommen am 3. April 2007 unterzeichnet, das im Oktober in Kraft treten soll. Die Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen mit Neuseeland, Peru, Indien, Bahrein, EFTA und BIMSTEC („Bay of Bengal Initiative for Multi-Sectoral Technical and Economic Cooperation“) werden fortgeführt. Ferner werden 2007 die EU-ASEAN-Verhandlungen über ein regionales Freihandelsabkommen beginnen. Die Verhandlungen über ein US-thailändisches Freihandelsabkommen haben die USA wegen der aktuellen politischen Lage in Thailand ausgesetzt.

Thailand ist bekannt für ein komplexes System von Importtarifen und Gebühren. Die Importzölle liegen zwischen 5 % und 60%. Zudem hat Thailand bisher eine Anzahl von außertarifären Maßnahmen zur Regulierung des Außenhandels ergriffen, z.B. die Einführung von Lebensmittelsicherheitsnormen oder Zollbefreiungen für bestimmte Produkte, die vom BoI gefördert werden.

Auslandsinvestitionen sind in technologieorientierten Sektoren willkommen und werden vom staatlichen „Board of Investment (BoI)“ u.a. durch Steuerermäßigungen und erleichterte Genehmigungsverfahren gefördert. Insbesondere im Dienstleistungssektor setzt die thailändische Regierung jedoch auf stärkere Kontrolle zum Schutz einheimischer Interessen, wie die Pläne zum „Retail and Wholesale Business Act“ und zur Novellierung des FBA zeigen (siehe im Einzelnen Punkte II. 4 b und 4 c).

Die thailändische Regierung subventioniert aufgrund der Größe und sozialen Bedeutung des landwirtschaftlichen Sektors bestimmte Produkte, z.B. Reis, Mais und Zucker. Ein Abbau dieser Subventionen steht derzeit nicht in Aussicht. In letzter Zeit haben sich Fälle von Dumping in Thailand bestätigt. So haben die USA 2006 eine Anti-Dumping-Maßnahme gegen thailändische Garnelen eingeleitet. Ferner hat die EU im Juni 2007 Anti-Dumping-Maßnahmen gegen den Import von thailändischem Mais ergriffen.

Die thailändische Übergangsregierung propagiert derzeit die auf Gedanken des Königs basierende Politik der „sufficiency economy“. Wirtschaftsexperten haben in diesem Zusammenhang Befürchtungen geäußert, dass damit eine Abkehr von der bisher globalisierungsfreundlichen Haltung der thailändischen Regierung verbunden sein könnte. Bei der sufficiency economy handelt es sich jedoch weniger um ein konkretes wirtschaftspolitisches Konzept als um eine philosophische Betrachtungsweise wirtschaftlichen Handelns, die den Gedanken der Nachhaltigkeit und des rechten Maßhaltens in den Mittelpunkt rückt. Insofern gibt die Politik der sufficiency economy keinen Anlass zur Sorge.

Thailand betreibt im Rahmen von ASEAN eine aktive Regionalpolitik. Anfang 2008 wird der Posten des ASEAN-Generalsekretärs frei, wobei Thailand das Recht der Nachbesetzung hat. Die thailändische Regierung hat mit den ehemaligen Außenminister Surin einen renommierten Politiker vorgeschlagen und sich damit zur Fortsetzung seiner engagierten ASEAN-Politik bekannt. Die Zusammenarbeit in weiteren regionalen Organisationen wie der „Greater Mekong Subregion“, des „Asia Cooperation Dialogue“ und von BIMSTEC dient im wesentlichen der Durchsetzung wirtschaftlicher und entwicklungspolitischer Ziele.

5. Aktuelle Wirtschaftsentwicklung

Das BIP stieg 2006 bedingt durch die boomende Exportwirtschaft um 5% und damit mehr als im Vorjahr mit 4,5 %. Der reale Export wuchs rapide um 8,5% (2005: 4,3%), während der Import auf 1,6% (2005: 9,3%) fiel. Das Gesamtexportvolumen betrug 2006 ca. 128 Mrd. USD und umfasste besonders elektrische und elektronische Geräte, Autoteile, Automobile und landwirtschaftliche Produkte. Als Exportmarkt standen 2006 die USA mit 15% der totalen Exporte an der Spitze, gefolgt von Japan (12,7%), China (9%), Singapur (6,4%) und Hongkong (5,5%). Die Importe (2006: ca. 126 Mrd. USD) waren zum größten Teil bestimmt von Rohstoffen und Halbfertigwaren (52 Mio. USD), Kapitalgütern (33 Mio. USD), Brennstoffen (25 Mio. USD) und Konsumgütern (9,5 Mio. USD). Als wichtigster Importmarkt konnte sich Japan (20,4%) halten. Andere wichtige Importpartner waren China (10,6%), EU (8,7 %), USA (6,7%), Malaysia (6,6%) sowie die VAE (4,8%). Das bilaterale Außenhandelsvolumen von Deutschland und Thailand lag 2006 bei ca. 4,92 Mrd. Euro und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 9,8 % gestiegen.

Damit bleibt Deutschland für Thailand wichtigster Handelspartner in der Europäischen Union.

Die thailändische Exportwirtschaft läuft auch 2007 auf vollen Touren. Der Exportwert belief sich im 1. Quartal auf 45,6 Mrd. USD, dies bedeutet gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Zuwachs von 18,27 %. Der Importwert lag für das 1. Quartal bei 41,1 Mrd. USD (Zuwachs gegenüber Vergleichszeitraum von 3,68 %). Nach offiziellen Schätzungen soll der Gesamtexport 2007 um 12,5 % gegenüber dem Vorjahr steigen (Exportwert 145 Mrd. USD). Dabei hofft Thailand auch auf positive Auswirkungen des thailändisch-japanischen Freihandelsabkommens.

Demgegenüber dürften sich die Investitionen 2007 weniger günstig entwickeln. Hier spiegelt sich die Unsicherheit wegen der politischen Lage wider. Schätzungen gehen von einer Steigerung der privaten Investitionen um 1,5 % gegenüber dem Vorjahr aus (2006: + 3,9 %; 2005: + 10,9 %). Aufgrund staatlicher Infrastrukturprojekte (siehe 3a) liegt die Prognose für die Steigerungsrate bei öffentlichen Investitionen mit 4 % etwas höher als bei den privaten (2006: + 4,5 %; 2005: +11,3 %)

Die Inflationsrate, die von 2004 (2,7%) auf 2005 (4,5%) einen deutlichen Sprung gemacht hatte, stieg 2006 weiter um 0,2 Prozentpunkte auf 4,7%. Nach Schätzungen der Bank of Thailand soll die Inflationsrate 2007 jedoch aufgrund stabiler Rohöl- und Nahrungsmittelpreise auf 2% bis 2,5% fallen.

Die Arbeitslosenquote ging 2006 im Vergleich zum Vorjahr von 1,8% auf 1,5% zurück. Für 2007 liegen die Schätzungen zwischen 1,5 % und 1,9 %. Die Beschäftigungsquote verzeichnete 2006 im Dienstleistungssektor einen Zuwachs von 3,4%, in der Industrie von 2,5 % und in der Landwirtschaft von 3,4 %. Der Anstieg in der Landwirtschaft ist vergleichsweise hoch ausgefallen (2005: 0,7 %). Ursache dafür ist, dass es angesichts gestiegener Preise für landwirtschaftliche Produkte derzeit für Arbeitnehmer lohnend ist, in der Landwirtschaft nach Beschäftigung zu suchen.

Zur Konjunkturentwicklung siehe I, 3.

Teil II: Wirtschaftspolitik

1. Fiskalpolitik

Thailand führt generell eine solide Haushaltspolitik. Im Fiskaljahr 2006 standen Einnahmen von ca. 28 Mrd. Euro Ausgaben von ca. 30 Mrd. Euro gegenüber, was zu einem leichten Ausgabenüberschuss führte. Ursachen für das Defizit waren u.a. der Rückgang von Importzöllen infolge der Freihandelsabkommen sowie die aus der Senkung der Steuern für Dieseltreibstoff, Automobile und Tabak resultierenden niedrigeren Steuereinnahmen. Für das Finanzjahr 2007 plant die Übergangsregierung offiziellen Prognosen zufolge ebenfalls einen leicht defizitären Haushalt (Ausgaben von ca. 32 Mrd. Euro, Einnahmen von 30 Mrd. Euro). Das Defizit soll in diesem Jahr bei ca. 1,5 % des BIP liegen. Allein für das erste Haushaltshalbjahr 2007 (Okt.06-Apr.07) fielen aufgrund konjunkturbelebender Maßnahmen Ausgaben von ca. 20 Mrd. Euro an.

Die Staatsverschuldung betrug 2006 ca. 37% des BIP (davon 6,8% des BIPs Staatsverschuldung international), was eine Verbesserung gegenüber 2005 (39,11%

des BIPs insgesamt bzw. 9,1% international) darstellt. Für das erste Quartal 2007 wird eine Staatsverschuldung von ca. 61 Mrd. Euro angegeben (ca. 40,5 % des BIP), wovon ca. 18% auf die Auslandverschuldung zurückgehen.

Angesichts der rückläufigen Binnennachfrage hat die Regierung die geplante Erhöhung von Mehrwertsteuer von 7% auf 10% um ein Jahr aufgeschoben. Im Mai 2007 hat das Kabinett die Revision des „public debt management law“ genehmigt, um die Ausgabe von Anleihepapieren zu erleichtern. Die Regierung hat angekündigt, mehr Kredite von inländischen Finanzinstitutionen aufzunehmen. Innerhalb der letzten Jahre hat sich die Rate der „faulen Kredite“ stark verringert, so dass Thailand sich immer stärker als kreditwürdiger Partner positionieren kann.

2. Geld- und Wechselkurspolitik

Die Wechselkurspolitik ist marktorientiert. Der thailändische Baht wird zum US-Dollar in den vergangenen Jahren relativ stabil in der Spannweite 40-45 Baht/US\$ gehalten. Ende 2006 bewegte sich der Baht/USD-Kurs jedoch zum Wert 34, was die thailändische Zentralbank zum Anlass genommen hatte, Kapitalverkehrskontrollen einzuführen (siehe auch II. 3.a).

Die thailändische Zentralbank ist formal unabhängig, steht jedoch, wie die Einführung der Kapitalverkehrskontrollen gezeigt hat, unter massivem Druck der Unternehmen (in diesem Fall der Exporteure) und des Finanzministers. Thailand hat im bisherigen Jahresverlauf bereits dreimal den Leitzins gesenkt, zuletzt Mitte April um 50 Basispunkte auf 4%, um die Konjunktur zu stimulieren und im Interesse der Exportwirtschaft die Wertsteigerung der Landeswährung gegenüber dem US-Dollar abzubremsen. Bei den ersten beiden Schritten im Januar und im Februar 2007, die die Abkehr von der zuvor seit dem August 2004 geltenden, gegen inflationären Druck gerichteten Hochzinspolitik einleiteten, war der Zinssatz für eintägige Refinanzierungsgeschäfte um jeweils 25 Basispunkte gesenkt worden.

3. Strukturpolitik

Der Augenmerk der Regierung liegt auf der Modernisierung der Infrastruktur, die Sicherung der Energieversorgung und der Förderung von neuen Technologien, besonders im Umwelt- und Biotechnologiebereich. Thailand möchte ferner seine Position als Verkehrs- und Logistikzentrum in der Region ausbauen (Eröffnung des neuen internationalen Bangkokker Flughafens Suvarnabhumi im September 2006) und die Entwicklung des Tourismus, insbesondere im qualitativ hochwertigen Segment, unterstützen. Thailand hat in den vergangenen Jahren den Ausbau Bangkoks zu einem internationalen Kongress- und Messezentrum energisch vorangetrieben.

Im Einzelnen:

a) Verkehrsinfrastruktur

Das thailändische Kabinett hat am 06. Februar 2007 ein 160 Mrd. Baht Paket zur Ausweitung des öffentlichen Personennahverkehrs zwischen Bangkok und den umliegenden Provinzen genehmigt, um die angespannte Verkehrslage in der

Hauptstadt zu entschärfen. Geplant sind fünf Streckenerweiterungen von einer Gesamtlänge von 118 km, deren Ausbau bis Ende 2012 beendet sein soll. Für diese U-Bahn- und Eisenbahnprojekte im Großraum Bangkok wurden bereits Haushaltsmittel eingestellt. Die vollständige Finanzierung ist noch nicht gesichert. Derzeit laufen Verhandlungen mit der japanischen Entwicklungsbank (JBIC). Zusätzlich wird jetzt der von der Stadtverwaltung Bangkok finanzierte Ausbau von zwei Hochbahnprojekten (Streckenerweiterung des sog. „Sky Train“) in Bangkok verfolgt.

b) Energie und Umwelt

Das Energieministerium erarbeitet momentan den sog. „Power Development Plan (PDP)“ für den Zeitraum von 2007 bis 2021, der die „Small Power Producers (SPP)“ und die „Very Small Power Producers (VSPP)“ fördern soll und sich besonders auf die Diversifizierung von Treibstoffquellen und den Einsatz erneuerbarer Energien konzentriert. Im Mittelpunkt der Energieerzeugung dürften höchstwahrscheinlich innerhalb der nächsten 15 Jahre Kohlekraftwerke stehen. Auch der Einsatz von Kernenergie wird erwogen. In der momentanen Diskussion befindet sich außerdem die Einführung des „Clean Development Mechanism (CDM)“. Dies gibt industrialisierten Ländern, die die Verpflichtung zur Treibhausgas-Reduktion haben, die Möglichkeit, in emissionsmindernde Projekte als Joint-Implementation Projekte in Thailand zu investieren und dafür CER (Carbon Emission Reduction)-Zertifikate zu erhalten. Die CER-Zertifikate werden dem industrialisierten Land als Treibhausgas-Reduktion angerechnet. Im Januar 2007 genehmigte das thailändische Kabinett erstmals sieben CDM- Energieprojekte, davon fünf Biomasse- und zwei Biogas-Kraftwerke. Die Genehmigung weiterer Projekte (u.a. auch ein deutsches) ist für Mitte 2007 angekündigt worden.

4. Wirtschaftsreformen

a) Kapitalmarkt

Am 18. Dezember 2006 hat die „Bank of Thailand (BoT)“ Kapitaltransferrestriktionen eingeführt, um im Interesse der thailändischen Exportwirtschaft die anhaltende Währungsspekulation gegen den immer stärker werdenden Baht einzudämmen. Direkt nach Ankündigung der umstrittenen Maßnahme führte dies zu einem 15-prozentigen Einbruch im thailändischen Aktienmarkt. In der 32-jährigen Geschichte des Aktienmarkts war dies der bisher größte Rückgang innerhalb eines Tages. Dabei ging Börsenkapital im Wert von 800 Milliarden Baht (etwa 16 Milliarden Euro) verloren. Die Maßnahmen sehen eine 30%-Reserve auf kurzfristige ausländische Kapitalzuflüsse vor, die nicht an den Handel oder Direktinvestitionen geknüpft sind. Sie müssen auf einem zinsfreien Konto der Zentralbank hinterlegt werden und werden erst nach frühestens einem Jahr voll ausgezahlt. Bei kürzeren Transaktionen werden 10% des Gesamtbetrags einbehalten. Bisher konnten die Kapitalkontrollen die Aufwertung des Baht nicht erfolgreich eindämmen. Die umstrittene Maßnahme ist trotz deutlicher Kritik auch aus thailändischen Unternehmerkreisen bis jetzt nicht aufgehoben worden.

b) Foreign Business Act (FBA)

Die geplante Novellierung des so genannten "Foreign Business Acts / FBA" aus dem Jahr 1999 soll die thailändischen Unternehmen vorbehaltenen Sektoren vor dem Einfluss ausländischer Investoren besser schützen (geschützte Sektoren u.a. Zeitungs-, Radio- und Fernsehgeschäft, Landwirtschaft, Rüstung, Bauwirtschaft mit Ausnahme von Infrastrukturprojekten, die meisten der sog. Freien Berufe, die meisten Agentur- und Maklertätigkeiten, Dienstleistungen in den Bereichen Tourismus und Hotelgewerbe). Dieser Schutz soll erreicht werden, indem Möglichkeiten sich als ausländischer Investor den mehrheitlichen Einfluss in einem thailändischen Unternehmen zu sichern, unterbunden werden (Einflussnahme z.B. durch Einsatz von thailändischen Vertrauensmännern/nomenees als Anteilseigner oder Mehrheit der Stimmrechte für den ausländischen Anteilseigner).

Im Fokus der Änderungen steht die Definition eines Unternehmens als „foreign“ (ausländische Eigentumsanteile und/oder Stimmrecht über 50%), der Einsatz eines Prüfungskomitees für Ausnahmefälle, die Erhöhung des Strafmaßes für ausländische Unternehmen, die gegen den FBA verstoßen, sowie Möglichkeiten einer Amnestie. Derzeit ist das Übergangsparlament (National Legislative Assembly- NLA) in 2. Lesung mit dem vom Kabinett am 10. April 2007 gebilligten Entwurf befasst. Dieser Entwurf wurde im Ministry of Commerce formuliert. Alle anderen Entwürfe, darunter auch ein von NLA-Mitgliedern formulierter Entwurf, spielen keine Rolle mehr. Besonders umstritten ist die Frage, ob Thailand durch die Definition eines Unternehmens als „foreign“ über mehrheitliche Stimmrechte im Widerspruch zu seinen WTO-Verpflichtungen steht (so die Auffassung der EU-KOM, JAP, USA, KAN, AUS, KOR). Es ist nicht auszuschließen, dass das Parlament die FBA-Novellierung noch im Juli 2007 billigt.

Im übrigen wird die Mehrzahl der produzierenden und exportierenden Unternehmen von den Einschränkungen des FBA nicht erfasst, so dass die Auswirkungen einer möglichen FBA-Novellierung nicht überbewertet werden dürfen. Ebenfalls ausgenommen sind Unternehmen, die vom „Board of Investment (BOI)“ gefördert werden.

c) Retail and Wholesale Business Act (kurz Retail Act)

Der Streik lokaler Einzelhändler Ende 2006 gegen die Expansion der englischen Warenhauskette TESCO LOTUS veranlasste die Übergangsregierung, den „Retail Act“, der 2003 an der fehlenden Kabinettszustimmung gescheitert war, zu überarbeiten und erneut zur Beschlussfassung vorzulegen. Das Gesetz soll die Ausbreitung großer Einzelhändler zu Gunsten kleiner lokaler Anbieter erschweren und regulieren. Am 8. Mai 2007 genehmigte das Kabinett eine Neufassung des Retail Acts, der zwecks rechtsförmlicher Prüfung dem Council of State übergeben wurde. Der Entwurf ist dort auf erhebliche Kritik gestoßen, so dass mit einer raschen Verabschiedung nicht zu rechnen ist.

d) Zwangslizenzen für Pharmaprodukte

In Folge des von der Übergangsregierung am 31. Oktober 2006 beschlossenen Programms einer kostenlosen Krankenversorgung, das das von der Regierung Thaksin eingeführte 30-Baht-Programm ersetzte, sind die Belastungen für das staatliche Gesundheitsbudget stark gestiegen. Das Programm gilt auch für Aidskranke. Dafür stehen im derzeitigen Haushalt zusätzlich ca. 61 Mio Euro zur

Verfügung. Vor dem Hintergrund gestiegener finanzieller Belastungen stellte Thailand Ende November 2006 eine Zwangslizenz (compulsory licence) für die Produktion des HIV/Aids-Medikaments "Efavirenz" (hergestellt v. Merck) aus. Damit wurde der Patentschutz für dieses Medikament gebrochen und die Möglichkeit zu Einkauf und Verteilung wesentlich preiswerterer Generika geschaffen. Thailand beruft sich dabei auf seine – von den Pharmafirmen angezweifelte – Rechte aus dem WTO/TRIPS-Abkommen.

In der Zwischenzeit hat Thailand weitere Zwangslizenzen für HIV/Aids und Herz-Kreislauf-Präparate ausgestellt und erwägt, „compulsory licences“ auf weitere Medikamentengruppen auszudehnen. Die Übergangsregierung verschafft sich mit diesen Maßnahmen eine gewisse Popularität bei ärmeren Bevölkerungsschichten und NGOs, allerdings auf Kosten großer Pharmahersteller und seines Rufs als investorenfreundliches Land.

5. Umsetzung von IWF-unterstützten Reformprogrammen

Thailand hat im Juli 2003 vorzeitig (zwei Jahre vor Fälligkeit) seinen IWF-Beistandskredit (insgesamt 17 Mrd. US Dollar) abbezahlt. Seitdem ist das IWF-unterstützte Programm für Thailand nicht mehr erforderlich.

6. Zusammenfassende Bewertung, Perspektiven

Die wirtschaftliche Lage in Thailand zeigt insgesamt ein uneinheitliches Bild. Durch eine umsichtige Finanz- und Haushaltspolitik hat Thailand nach der Krise von 1997 seine internationale Kreditwürdigkeit zurückgewonnen. Die boomende Exportwirtschaft ist Zeichen einer hohen internationalen Wettbewerbsfähigkeit und einer globalen Verflechtung, von der auch ausländische, im Export tätige Unternehmen profitieren. Zusammen mit dem langsamen Bevölkerungswachstum ist die Basis für ein anhaltendes Wirtschaftswachstum und Produktivitätsfortschritte gegeben. Das Land verfügt über eine gute, für ausländische Unternehmen attraktive Infrastruktur. Ein hervorragend entwickelter Dienstleistungssektor macht Thailand zum beliebten Ferienland.

Die nun bereits ins zweite Jahr gehende innenpolitische Krise beginnt jedoch zunehmend Spuren zu hinterlassen, wie der zurückgehende private Konsum und die schwache private Investitionstätigkeit zeigen. Nur von einer Rückkehr zu stabilen politischen Verhältnissen mit Wahlen zum baldmöglichsten Zeitpunkt dürften nachhaltig belebende Konjunkturimpulse ausgehen. Die Übergangsregierung hat Maßnahmen eingeleitet (FBA, Retail Act), die das Engagement ausländischer Unternehmen stärker kontrollieren und Fehlentwicklungen, die aus Sicht der heutigen Machthaber unter der Regierung Thaksin eingerissen waren, korrigieren sollen. Insbesondere die Einführung von Zwangslizenzen für Pharmaprodukte zeigt zudem einen Trend, innenpolitisch motivierte Entscheidungen zu Lasten ausländischer Unternehmen umzusetzen.

Es bleibt abzuwarten, ob es sich bei diesen Entwicklungen um ein zeitliches, bis zur nächsten Wahl begrenztes Phänomen handelt oder ob sich eine längerfristige Tendenz abzeichnet. Schon jetzt lässt sich sagen, dass die Übergangsregierung mit der augenblicklichen Diskussion dem Wirtschaftsstandort Thailand keinen guten Dienst erwiesen hat.

Thailand

Wirtschaftsdatenblatt Thailand

Stand: Juni 2007

Königreich Thailand	2005	2006	2007 (1. Quartal)
1. Bevölkerung			
Einwohner in Mio.	62,42	65,22*	65,22
Wachstum in %	0,71%	1,82%	-
2. Bruttoinlandsprodukt (BIP)			
BIP insgesamt (zu Marktpreisen in Mrd. USD)	176,2	205,9	240,0 * (Schätzung für das gesamte Jahr)
BIP pro Kopf der Bevölkerung (zu Marktpreisen in USD)	2628	3094	3672,6 *(Schätzung für das gesamte Jahr)
reales Wachstum in %	4,5%	5,0%	4,3%
Inflationsrate	4,5%	4,7%	2,2
3. Staatshaushalt			
Ausgaben (jeweils bezogen auf Fiskaljahr)	1.245,2** Mrd. Baht	1.394,6** Mrd. Baht	853,27** Mrd. Baht (Okt 06-Apr.07)
Saldo Umfang und	16,9 Mrd.Baht	4,5 Mrd.Baht	- 153,0 Mrd.Baht
in % des BIP	0,2%	0,1%	-
Staatsverschuldung insgesamt in % des BIP	39,11 % (2.778,5 Mrd. Baht)	36,83 % (2.892,8 Mrd. Baht)	34,96% 2.936,8 Mrd. Baht)
Staatsverschuldung international in % des BIP	9,1% (651,2 Mrd. Baht)	6,8% (561,6 Mrd. Baht)	5,6% (475,3 Mrd. Baht)
4. Zahlungsbilanz			
Waren- und Dienstleistungsverkehr	LB: -7,9	LB: 3,2	LB: 5,0
Leistungsbilanz (LB), Kapitalbilanz (KV) in Mrd. USD	KB: 12,6	KB: 6,6	KB: -3,4
Devisenreserven in Mrd. USD	52,1	67,0	71,1

5. Verschuldung insgesamt (in Mrd. USD) und Schuldendienstquote (in %)	52,0	59,9	59,3
	13,5%	13,1%	12,6%

6. Währung (Parität zum USD)	40,27	37,93	34,62
---------------------------------------	-------	-------	-------

7. Bilaterale Beziehungen (Jan.- April. 2007)

Außenhandel mit Deutschland in Mrd. Euro

4,48	4,92	1,82
------	------	------

Deutsche Einfuhren (gemäß Statistischem Bundesamt)

2,43	2,69	1,032
------	------	-------

absolut in Mrd. Euro

Steigerungsprozentual

-0,8%	10,4%	16,7%
-------	-------	-------

Ausfuhren (gemäß Statistischem Bundesamt)

absolut in Mrd. Euro

2,04	2,23	788,96 Mio Euro
------	------	-----------------

Steigerungsprozentual

1,5%	9,8%	7,0%
------	------	------

Stellenwert des Handels (Rang):

Deutschland:

Export

45	45
----	----

Import

37	39
----	----

Thailand:

Export

15	15
----	----

Import

11	12
----	----

Deutsche Direktinvestitionen:

Entwicklung (in Mio. Euro)

146

Investitionsschutzvertrag:

20.10.2004

Doppelbesteuerungsabkommen:

10.7.1967

Seeverkehrsabkommen:

30.10.2003

Finanzbeziehungen:

deutsche Leistungen

(öffentliche Entwicklungshilfe
(Nettoauszahlungen)):
Abkommen vom 30.09.2005

26,4 Mio
Euro

Alle Angaben: Bank of Thailand

- * National Economic and Social Development Board
- ** Ministry of Finance
- *** Schulden der Bank of Thailand und des Financial Institutions Development Fund sind ausgeklammert.